

Erläuterungsvermerk zum Vorschlag für die Überarbeitung der Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten und für die Gruppenfreistellungsverordnung für die Landwirtschaft

In diesem Vermerk sollen Ziel und Anwendungsbereich der Vorschläge für eine überarbeitete Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (im Folgenden die „Rahmenregelung“) und die Gruppenfreistellungsverordnung für die Landwirtschaft (im Folgenden die „GFVO AGRI“) dargelegt werden. Er ist der Konsultation zu den beiden Vorschlägen beigelegt, die bis zum 13. März 2022 läuft.

Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Behörden sind aufgerufen, sich zu diesem Entwurf der Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten zu äußern. Neben dieser Konsultation werden zwei Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten stattfinden, um Feedback zum Entwurf der GFVO AGRI einzuholen.

Die Konsultation zur Rahmenregelung wird auf der Grundlage der englischen Fassung des Entwurfs eingeleitet. Die Übersetzungen in alle EU-Amtssprachen¹ werden nach und nach auf der Website bereitgestellt, sobald sie vorliegen. Bei der Konsultation zur GFVO AGRI stehen von Anfang an alle EU-Amtssprachen – mit Ausnahme von Irisch – zur Verfügung.

Die Interessenträger sollten angeben, auf welches der beiden Beihilfeinstrumente sich ihre Anmerkungen beziehen.

Sie werden zudem gebeten, ihre Anmerkungen in elektronischer Form zu übermitteln und eindeutig anzugeben, ob ihre Antwort vertraulich zu behandeln ist. Wenn dies der Fall ist, sollte auch eine nichtvertrauliche Fassung der Antwort übermittelt werden, die auf der Website der GD Wettbewerb veröffentlicht werden kann.

1. Hintergrund

Die derzeitigen Vorschriften, die seit dem 1. Juli 2014 gelten, laufen am 31. Dezember 2022 aus. Es wurde evaluiert, inwieweit sie sich bewährt haben, und die Ergebnisse wurden in einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen² vom 19. Mai 2021 veröffentlicht. Dabei zeigte sich, dass die derzeitigen Vorschriften insgesamt gut funktionieren, dass jedoch einige gezielte Anpassungen erforderlich sind, um die Vorschriften an die derzeitigen Prioritäten der EU anzupassen, insbesondere an die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und den europäischen Grünen Deal. Derzeit wird eine vorausschauende Folgenabschätzung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation werden in den Prozess einfließen.

Öffentliche Unterstützung für den Agrar- und Forstsektor und für ländliche Gebiete ist Teil der umfassenderen GAP. Öffentliche Unterstützung im Rahmen der GAP ist entscheidend, um für die landwirtschaftliche Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, die Märkte zu stabilisieren und für die Belieferung der Verbraucherinnen und

¹ Für die künftigen Vorschriften für staatliche Beihilfen wird auch eine irische Sprachfassung vorliegen.

² [Überarbeitung der Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten – Wettbewerb – Europäische Kommission \(europa.eu\)](#).

Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen. Der derzeitige Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen steht im Einklang mit den GAP-Vorschriften, und mit den neuen Vorschriften soll dieser Ansatz so weit wie möglich beibehalten werden.

Die beiden Beihilfeinstrumente bilden einen spezifischen, maßgeschneiderten Rahmen für die Zuweisung öffentlicher Mittel für den Agrar- und Forstsektor und für ländliche Gebiete. Mit der Überarbeitung soll sichergestellt werden, dass die öffentliche Unterstützung zielgerichtet ist und zu einer modernen, wirtschaftlich tragfähigen und ökologisch nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung führt. Dabei war ein wichtiges politisches Ziel, zur Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals beizutragen, insbesondere der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie. Bereits der derzeitige Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen kann zum Übergang zu einer nachhaltigen und biodiversitätsfreundlichen Landwirtschaft beitragen. Mit den neuen Vorschriften sollen zusätzliche Möglichkeiten zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals geschaffen werden.

2. Im Entwurf der beiden überarbeiteten Rechtsakte vorgeschlagene Änderungen

Die Evaluierung der derzeitigen Beihilfeinstrumente ergab, dass beide Instrumente insgesamt zweckmäßig sind und ihre Ziele erreicht haben. Es wurden jedoch auch einige Probleme ermittelt, die bei der Ausgestaltung der künftigen Beihilfevorschriften angegangen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund werden mit der Überarbeitung folgende Hauptziele verfolgt:

- Berechenbarkeit, Rechtssicherheit und Kohärenz bei der Kontrolle staatlicher Beihilfen;
- Kohärenz mit den Zielen des Grünen Deals und der GAP sowie
- Vereinfachung, effizientere Beihilfeverfahren und Verringerung der Verwaltungskosten.

Die Überarbeitung der Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten folgt auf die Evaluierung der Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz sowie des EU-Mehrwerts der Vorschriften von 2014. Die Analyse beruht hauptsächlich auf Erfahrungen mit der Fallbearbeitung und interne Daten, es wurden aber auch die Ergebnisse einer externen Begleitstudie zur Evaluierung und einer öffentlichen Konsultation einbezogen.

Die gegenüber den geltenden Vorschriften vorgeschlagenen Änderungen sind in dem vorliegenden Erläuterungsvermerk zusammengefasst. Für jeden Vorschlag wird angegeben, ob er beide oder nur eines der Beihilfeinstrumente betrifft. Werden wesentliche politische Änderungen vorgeschlagen, so werden diese in einer gesonderten Folgenabschätzung bewertet.

Bei folgenden Aspekten der Vorschriften kommt es zu einer Überarbeitung:

- (i) gemeinsame Bewertungsgrundsätze;

- (ii) Kohärenz mit der künftigen GAP bzw. der Verordnung über die GAP-Strategiepläne;
- (iii) Streichung überholter oder teilweise veralteter Vorschriften;
- (iv) Änderungen, die zu den Zielen des Grünen Deals beitragen sollen;
- (v) Erweiterung des Anwendungsbereichs der GFVO AGRI;
- (vi) Streichung bestimmter Beihilfemaßnahmen, die bereits unter andere Beihilfavorschriften wie die Leitlinien für Regionalbeihilfen und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (EU) Nr. 651/2014 fallen, aus dem Anwendungsbereich der Rahmenregelung;
- (vii) Änderungen bestimmter allgemeiner Bedingungen, die bei allen Beihilfavorschriften Anwendung finden, auch in anderen Wirtschaftszweigen;
- (viii) Änderungen bei spezifischen land- und forstwirtschaftlichen Beihilfemaßnahmen.

I. Gemeinsame Bewertungsgrundsätze

Diese Änderung betrifft beide Instrumente.

Die gemeinsamen Bewertungsgrundsätze, die 2014 mit der Initiative zur Modernisierung des Beihilferechts eingeführt wurden, müssen vor dem Hintergrund des Urteils in der Rechtssache T-356/15 Österreich/Kommission (Hinkley Point C) überarbeitet werden. In diesem Urteil lieferte der Gerichtshof eine wichtige Auslegung des Artikels 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV. Die vorgeschlagene strukturelle Änderung spiegelt diese Auslegung wider.

Die Überarbeitung der gemeinsamen Bewertungsgrundsätze folgt einem übergreifenden Ansatz, der auf alle kürzlich überarbeiteten Beihilfeinstrumente angewandt wurde. Die vorgeschlagenen Änderungen stehen im Einklang mit diesen anderen Beihilfeinstrumenten, wobei jedoch bestimmte Unterschiede beibehalten wurden, die den Besonderheiten der Land- und Forstwirtschaft Rechnung tragen.

II. Kohärenz mit den künftigen GAP-Vorschriften bzw. der Verordnung über die GAP-Strategiepläne

Diese Änderung betrifft beide Instrumente.

Während die aus dem ELER kofinanzierte Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums im Agrarsektor nicht in den Anwendungsbereich der Vorschriften für staatliche Beihilfen fällt (siehe Artikel 145 Absatz 2 der [Verordnung \(EU\) 2021/2115](#)), unterliegt die aus dem ELER kofinanzierte Förderung für die Forstwirtschaft und nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in ländlichen Gebieten der Kontrolle staatlicher Beihilfen. Um die Verfahren für staatliche Beihilfen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums zu vereinfachen, spiegeln die Rahmenregelung für staatliche Beihilfen und die GFVO AGRI von 2014 daher die Vorschriften für die Entwicklung des ländlichen Raums wider.

Der für die künftige Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen der GAP vorgesehene Subsidiaritätsansatz ist eine technische Herausforderung für die Ausarbeitung der neuen Vorschriften für staatliche Beihilfen. Gemäß der genannten Verordnung über die GAP-Strategiepläne wird die EU grundlegende politische Parameter festlegen, es wird jedoch Sache der Mitgliedstaaten sein, ihre Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums auf ihre spezifischen Bedürfnisse abzustimmen und gleichzeitig den Zielen des Grünen Deals und dem Rechtsrahmen der neuen GAP Rechnung zu tragen. Da für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums auf EU-Ebene keine präzisen Förderkriterien vorgegeben werden, müssen auch die Vorschriften für staatliche Beihilfen in der Landwirtschaft neu gestaltet werden.

Der Subsidiaritätsansatz erlaubt es nicht, in den Vorschriften für staatliche Beihilfen das gesamte Spektrum der Möglichkeiten und Modalitäten vorzugeben, die die Mitgliedstaaten möglicherweise in ihre Strategiepläne aufnehmen möchten. In den überarbeiteten Beihilfenvorschriften wird daher eine allgemeine Klausel vorgeschlagen, wonach für Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die in den Strategieplänen enthalten sind und die durch staatliche Beihilfen abgedeckt sein müssen, die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt als gegeben angenommen wird. Voraussetzung für eine solche Annahme ist, dass bestimmte allgemeine Grundsätze für staatliche Beihilfen eingehalten werden: Es darf keine Finanzierung für Betriebskapital gewährt werden, es sei denn, die Beihilfen werden in Form von Finanzierungsinstrumenten gewährt, und die öffentliche Unterstützung darf weder als Betriebsbeihilfe noch an Unternehmen in Schwierigkeiten gezahlt werden.

Mit dieser Klausel wird sichergestellt, dass die erforderlichen Verfahren zur Kontrolle staatlicher Beihilfen eingehalten werden, während die Mitgliedstaaten gleichzeitig ihre Strategiepläne entsprechend ihren Erfordernissen gestalten können.

III. Streichung überholter oder teilweise veralteter Vorschriften

Diese Änderung betrifft beide Instrumente.

Dieser Vorschlag ist eng mit dem vorherigen Punkt verbunden: Die derzeitigen spezifischen Vereinbarkeitsbedingungen entsprechen weitgehend den Rechtsvorschriften für die Entwicklung des ländlichen Raums, die 2013 im Rahmen der GAP erlassen wurden. Da sich die GAP geändert hat, müssen die Vorschriften für staatliche Beihilfen entsprechend angepasst werden. Darüber hinaus sind einige Bedingungen inzwischen überholt oder teilweise veraltet. Die überarbeiteten Texte enthalten entsprechende Aktualisierungen.

IV. Änderungen, die zu den Zielen des Grünen Deals beitragen sollen

Diese Änderungen betreffen beide Instrumente.

Bereits der derzeitige Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen kann zum Übergang zu einer nachhaltigen und biodiversitätsfreundlichen Landwirtschaft beitragen. Eine umfassende Überarbeitung der bestehenden Vorschriften ist daher nicht erforderlich.

Ziel der Überarbeitung ist es, noch ehrgeizigere Vorschriften für den Rahmen für staatliche Beihilfen festzulegen, damit dieser einen angemessenen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals – wie sie in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, der

Biodiversitätsstrategie für 2030 und der Waldstrategie für 2030 enthalten sind – sowie der im Europäischen Klimagesetz festgelegten Ziele leistet.

Darüber hinaus ergab die Evaluierung, dass einige Maßnahmen mit dem Potenzial, zu den Zielen des Grünen Deals beizutragen, zu wenig genutzt wurden, um Wirkung zu entfalten.

Daher wird vorgeschlagen, einige der bestehenden Maßnahmen anzupassen, um stärkere Anreize für Land- und Forstwirte zu schaffen, Maßnahmen umzusetzen, die zu den Zielen des Grünen Deals beitragen. Besondere Aufmerksamkeit gilt hier dem Klimawandel.

V. Erweiterung des Anwendungsbereichs der GFVO AGRI

Bestimmte Beihilfemaßnahmen konnten zum Zeitpunkt der Verabschiedung der derzeitigen GFVO AGRI im Jahr 2014 nicht in den Anwendungsbereich einbezogen werden, da die Kommission damals nicht über ausreichende Erfahrung mit der Fallbearbeitung verfügte. Inzwischen sind die in der Ermächtigungsverordnung (EU) 2015/1588 festgelegten Voraussetzungen für die Aufnahme in die GFVO AGRI erfüllt. Die betreffenden Maßnahmen sind nachstehend aufgeführt.

Für den Agrarsektor wird vorgeschlagen, folgende Beihilfen aufzunehmen:

- Beihilfen für Landwirte zum Ausgleich von durch geschützte Tiere verursachten Schäden und
- Beihilfen für Landwirte zum Ausgleich von Nachteilen im Zusammenhang mit Natura-2000-Gebieten.

Für den Forstsektor enthält die GFVO AGRI bereits jetzt kofinanzierte Beihilfemaßnahmen. Es wird vorgeschlagen, bestimmte Beihilfemaßnahmen hinzuzufügen, die ausschließlich aus nationalen Mitteln finanziert werden:

- Aufforstung und Anlage von Wäldern;
- Agrarforstsysteme;
- Vorbeugung von Schäden und Wiederherstellung von Wäldern;
- Investitionen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des ökologischen Werts von Waldökosystemen;
- gebietsspezifische Benachteiligungen, die sich aus bestimmten verpflichtenden Anforderungen ergeben;
- Investitionen in Infrastruktur zur Entwicklung, Modernisierung oder Anpassung des Forstsektors;
- Investitionen in Techniken der Forstwirtschaft sowie in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- Erhaltung genetischer Ressourcen in der Forstwirtschaft und
- Gründung von Erzeugerorganisationen im Forstsektor.

Schließlich wird vorgeschlagen, für ländliche Gebiete folgende Beihilfen aufzunehmen:

- aus dem ELER kofinanzierte Beihilfen für Basisdienstleistungen und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten;
- Beihilfen für Kosten, die KMU entstehen, die an CLLD-Projekten oder Projekten operationeller EIP-Gruppen teilnehmen, und

- begrenzte Beihilfebeträge für KMU, die von CLLD-Projekten oder Projekten operationeller EIP-Gruppen profitieren.

VI. Streichung bestimmter Beihilfemaßnahmen, die bereits unter andere Beihilfavorschriften fallen

Diese Änderung betrifft beide Instrumente.

Es wird vorgeschlagen, einige Beihilfemaßnahmen, die bereits unter andere Beihilfeinstrumente, insbesondere die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) und die Leitlinien für Regionalbeihilfen, fallen, aus dem Anwendungsbereich der Rahmenregelung zu streichen.

Diese Änderung betrifft Beihilfemaßnahmen zugunsten ländlicher Gebiete. Dadurch sollen parallele, doppelte und möglicherweise abweichende Bedingungen für dieselben Beihilfemaßnahmen vermieden werden. In dem Vorschlag werden Maßnahmen genannt, für die keine sektorspezifischen Vorschriften erforderlich sind, da andere Instrumente für staatliche Beihilfen diesen Zweck in vollem Umfang erfüllen: Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen, für die Baumwollerzeugung, für Investitionen in die Schaffung und Entwicklung nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeiten, Beihilfen für Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen sowie Beihilfen für Beratungsdienste.

VII. Änderungen bestimmter allgemeiner Bedingungen, die bei allen Beihilfavorschriften Anwendung finden

Folgende Änderungen werden vorgeschlagen, die allgemein für alle staatlichen Beihilfemaßnahmen gelten, es sei denn, in spezifischen Vorschriften ist etwas anderes festgelegt:

Vereinfachte Kostenoptionen

Diese Änderung betrifft die Rahmenregelung.

Derzeit ist es gemäß der GFVO AGRI möglich, vereinfachte Kostenoptionen für kofinanzierte Beihilfen zu verwenden. Es wird vorgeschlagen, ähnliche Bestimmungen in die Rahmenregelung aufzunehmen und diese Option auch für bestimmte nicht aus dem ELER kofinanzierte Beihilfemaßnahmen anwendbar zu machen.

Durch eine Auslegung entsprechend der GFVO AGRI wurden vereinfachte Kostenoptionen im Anwendungsbereich der Rahmenregelung bereits akzeptiert (für kofinanzierte Maßnahmen). Darüber hinaus ist in der derzeitigen Rahmenregelung bereits die Möglichkeit vorgesehen, bei bestimmten Arten von Beihilfen „Standardannahmen“ für Kosten zugrunde zu legen. Die vereinfachten Kosten könnten daher bei verschiedenen Arten von Beihilfen angewendet werden, auch bei Beihilfemaßnahmen, die ausschließlich aus nationalen Mitteln finanziert werden. Das Risiko einer Überkompensation ist angesichts der Art der Beihilfe begrenzt: im Agrar- und Forstsektor werden Beihilfen hauptsächlich im Rahmen

umfangreicher Regelungen gewährt, bei den Begünstigten handelt es sich fast ausschließlich um KMU und die gewährten Beihilfebeträge sind niedrig.

Ausnahme von der Anforderung, eine kontrafaktische Fallkonstellation vorzulegen, bei Beihilfen zugunsten kleiner Gemeinden

Diese Änderung betrifft die Rahmenregelung.

Nach der Definition von KMU³ gelten Gemeinden unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe als große Unternehmen. Sie müssen daher bei der Beantragung einer Beihilfe eine kontrafaktische Fallkonstellation vorlegen.

Dies stellt insbesondere (aber nicht ausschließlich) kleine Gemeinden vor Probleme, wenn es um Beihilfen für lokale forstwirtschaftliche Infrastruktur geht. Daher wird vorgeschlagen, kleine Gemeinden mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5000 Einwohnern von der Anforderung auszunehmen, eine kontrafaktische Fallkonstellation vorzulegen. Angesichts der betroffenen Beihilfearten (Beihilfen für lokale und forstwirtschaftliche Infrastruktur) ist davon auszugehen, dass eine solche Änderung nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen wird.

Diese Ausnahmeregelung betraf nur die Rahmenregelung. Im Rahmen anderer Beihilfeinstrumente gibt es keine vergleichbaren Ausnahmeregelungen. Diese Ausnahmeregelung wird jedoch im derzeitigen Kontext als gerechtfertigt erachtet, da es eine sehr große Zahl kleiner Gemeinden gibt, in denen Beihilfen für die lokale und forstwirtschaftliche Infrastruktur von entscheidender Bedeutung sind, um die Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete zu erhalten.

VIII. Änderungen bei spezifischen land- und forstwirtschaftlichen Beihilfemaßnahmen

Investitionsbeihilfen für die Landwirtschaft

Diese Änderungen betreffen beide Instrumente.

- In den derzeitigen Vorschriften sind unterschiedliche Beihilfeintensitäten zwischen 30 % und 75 % vorgesehen. Um die Vorschriften für staatliche Beihilfen an die Rechtsvorschriften für die Entwicklung des ländlichen Raums anzupassen, wird vorgeschlagen, für Beihilfen für die landwirtschaftliche Primärproduktion sowie die

³ Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1.7.2014, S. 1).
https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.193.01.0001.01.DEU#:~:text=Commission%20Regulation%20%28EU%29%20No%20702%2F2014%20of%2025%20June,Treaty%20on%20the%20Functioning%20of%20the%20European%20Union

Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine generelle Beihilfeintensität von 65 % einzuführen. Für die Gebiete in äußerster Randlage wird angesichts der strukturellen Nachteile und Sachzwänge, mit denen sie konfrontiert sind, die höhere Beihilfeintensität von bis zu 85 % beibehalten.

- Nach den derzeitigen Vorschriften für staatliche Beihilfen sind Investitionsbeihilfen für die Erfüllung neuer Anforderungen, die den Landwirten durch das Unionsrecht auferlegt werden, für einen Zeitraum von höchstens 12 Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem sie verbindlich werden, zulässig. Solche Beihilfen stehen offenbar nicht im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen für staatliche Beihilfen, da sie möglicherweise keinen Anreizeffekt haben. Darüber hinaus könnten dadurch indirekt Anreize für eine verspätete Umsetzung neuer Vorgaben geschaffen werden. Dies würde gegen das Unionsrecht verstoßen und der Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals zuwiderlaufen. Daher wird vorgeschlagen, solche Beihilfen aus dem Anwendungsbereich der künftigen Vorschriften zu streichen.
- Nach den geltenden Vorschriften sind Beihilfen für den Erwerb von Flächen bei land- und forstwirtschaftlichen Investitionen auf 10 % der gesamten beihilfefähigen Kosten des betreffenden Vorhabens begrenzt, mit Ausnahme des Erwerbs von Flächen zur Erhaltung der Umwelt, bei denen dieser Wert höher sein kann. In den neuen Vorschriften wird vorgeschlagen, diese Möglichkeit auf Maßnahmen zur Erhaltung kohlenstoffreicher Böden auszuweiten. Eine solche Ausnahmeregelung steht im Einklang mit den Zielen des Grünen Deals.
- In Bezug auf Beihilfen für die Beseitigung von Schäden durch widrige Witterungsverhältnisse und Pflanzenschädlinge, die mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden können, wird vorgeschlagen, in die neuen Vorschriften die Bedingung aufzunehmen, dass die Begünstigten in die Wiederherstellungsmaßnahme, soweit möglich, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel integrieren müssen, um Schäden und Verluste durch ähnliche Ereignisse in der Zukunft zu minimieren. Mit dieser Bedingung soll dem Zusammenhang zwischen dem wiederholten Auftreten solcher Ereignisse und dem Klimawandel Rechnung getragen werden; gleichzeitig sollen Anreize für die Land- und Forstwirtschaft geschaffen werden, an den Klimawandel angepasste landwirtschaftliche Verfahren anzuwenden.

Beihilfen zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen und Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Tierseuchen entstanden sind

Diese Änderung betrifft die Rahmenregelung.

Nach den derzeitigen Vorschriften für staatliche Beihilfen sind Beihilfen zum Ausgleich der Kosten für die Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen und zur Beseitigung der verursachten Schäden zulässig. Damit eine solche Beihilfe gewährt werden kann, muss die Tierseuche in der von der Weltorganisation für Tiergesundheit erstellten Liste oder in der Liste in Anhang II der Verordnung (EU) 2016/429 enthalten sein. Nach den geltenden Vorschriften dürfen somit keine Beihilfen für neu auftretende Tierseuchen gewährt werden. Die Rechtsvorschriften der Union im Bereich Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sehen

jedoch auch Maßnahmen zur Unterstützung im Falle neu auftretender Tierseuchen vor, für die dieselben Bedingungen gelten, wie für die in den genannten Listen enthaltenen Tierseuchen. Es wird vorgeschlagen, die Vorschriften für staatliche Beihilfen entsprechend anzupassen und ihren Anwendungsbereich auf neu auftretende Tierseuchen auszuweiten.

Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch invasive gebietsfremde Arten entstanden sind, und zur Verhütung, Bekämpfung und Tilgung invasiver gebietsfremder Arten

Diese Änderung betrifft die Rahmenregelung.

Die derzeitigen Vorschriften für staatliche Beihilfen enthalten keine Bestimmungen zur Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten im Gebiet der EU. Diese ungewollt eingeführten gebietsfremden Arten verursachen oft erhebliche Ungleichgewichte, schaden der biologischen Vielfalt in der EU und können lokale und regionale Arten bedrohen, die für landwirtschaftliche Tätigkeiten genutzt werden.

Damit eine Beihilfe gewährt werden kann, müssen diese invasiven Arten in der von der Kommission gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 angenommenen Liste enthalten sein. Es wird vorgeschlagen, den Anwendungsbereich der Rahmenregelung auf Schäden auszuweiten, die durch in dieser Liste enthaltene invasive Arten verursacht werden, um Beihilfen zur Verhütung und Tilgung dieser Arten und zur Beseitigung von Schäden, die durch invasive gebietsfremde Arten entstanden sind, zu ermöglichen.

Klimaeffiziente Landwirtschaft

Diese Änderung betrifft die Rahmenregelung.

Nach den derzeitigen Vorschriften können bereits verschiedene Maßnahmen der klimaeffizienten Landwirtschaft unterstützt werden. Dies wird auch weiterhin der Fall sein, z. B. bei Investitionsbeihilfen, Beihilfen für Agrarumwelt-, Klima- und Tierwohlverpflichtungen, Beihilfen für Nachteile im Zusammenhang mit Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie sowie Beihilfen für ökologischen/biologischen Landbau.

Mit den vorgeschlagenen neuen Vorschriften soll (im Einklang mit der Verordnung über die Strategiepläne) auch die Unterstützung „gemeinsamer Regelungen und ergebnisbasierter Zahlungsregelungen“ ermöglicht werden. Wo solche Regelungen in der neuen Rahmenregelung erwähnt werden (z. B. bei Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen, Beihilfen für Waldumwelt- und -klimaleistungen und die Erhaltung von Wäldern), ist explizit angegeben, dass dies auch Regelungen für eine klimaeffiziente Landwirtschaft einschließt. Ein solcher ausdrücklicher Verweis auf die klimaeffiziente Landwirtschaft steht im Einklang mit der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und dem Europäischen Klimagesetz. Um die derzeit geringe Inanspruchnahme von Waldumwelt- und -klimaleistungen zu erhöhen, wird außerdem vorgeschlagen, die Möglichkeit einer Anreizzahlung in Höhe von bis zu 120 % der beihilfefähigen Kosten für Leistungen im Zusammenhang mit Biodiversität, Klima, Wasser oder Boden sowie für gemeinsame und ergebnisbasierte Regelungen wie die Regelungen für eine klimaeffiziente Forstwirtschaft einzuführen.